III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF TEL.: SELN. 28 75

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 113 | 15. Oktober 1920 | ג' חשון תרפ"א | Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Sokolow bei Millerand.

Der Präsident der französischen Republik hat Nahum Sokolow in einer halbstündigen Audienz empfangen. Man misst dieser Konferenz grosse Bedeutung bei, da Millerand auch schon vorher als Ministerpräsident sich mit der zionistischen Frage beschäftigt und auch schon mehrmals mit Sokolow konferiert hat. Sokolow soll über seine Aufnahme sehr befriedigt sein und bezeichnet Millerand als wahren Judenfreund, der persönliche Sympathien für die Juden und die zionistische Bewegung empfindet.

Die Juden im Wirtschaftsleben Litauens.

(Interview mit Vize-Minister Rachmilewitsch.)

Der litauische Vize-Minister für Handel, Gewerbe und Finanzen, Dr. Rachmilewitsch, hatte die Liebenswürdigkeit dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" gegenüber, über die Stellung der Juden im Wirtschaftsleben Litauens, in Karlsbad folgende Aeusserungen zu machen:

„Welchen Anteil nehmen die litauischen Juden am Wirtschaftsleben Litauens?"

„Die jüd. Bevölkerung Litauens konzentriert sich hauptsächlich in Städten und Städtchen, wo sie sehr häufig die Majorität der Einwohner bildet. Die Juden beschäftigen sich vorzugsweise mit Grosshandel, Export von Rohprodukten wie Holz, Flachs, Borsten, Rohhäute, Leinsaat und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die jetzt nur in beschränktem Masse ausgeführt werden können. (Eier und Geflügel sind ausfuhrfrei, dagegen Brotprodukte nicht.) Die Handelspolitik der litauischen Regierung war ursprünglich auf Monopolisierung und Nationalisierung gerichtet. Erst die bitteren Erfahrungen, die die Regierung durch die Einschränkung des Freihandels gemacht hat, brachten eine Aenderung nicht nur der Personen, sondern auch des Systems mit sich und haben im letzten Viertel des vorigen Jahres dazu geführt, dass im Prinzip der Freihandel proklamiert wurde. Nur für einige Handelsobjekte (Flachs) ist noch das Monopol beibehalten geblieben, weniger aus prinzipiellen, als aus rein finanzökonomischen Gründen, da aus dem Flachsmonopol die Regierung einen Teil ihres Budgets zu decken hoffte. Aus ähnlichen finanziell-valutarischen Gründen wird der Gedanke diskutiert, den Holzhandel zu monopolisieren, in der Hoffnung, bei den grossen Staatswaldungen, die das Land besitzt — zumal in jüngster Zeit auch die Privatwaldungen nationalisiert wurden — hierauf ein eigenes gesundes Valutasystem aufzubauen. Daneben unterstützt die Regierung das in Litauen sehr verbreitete und unter der litauischen Bauernschaft populäre Genossenschaftswesen. Immer schärfer fühlbar wird der Konkurrenzkampf zwischen Genossenschaft und Privathandel und infolge des starken Konkurrenzkampfes im Handel selbst geht ein Streben durch die litauische Judenschaft, sich neuen Berufszweigen, vorwiegend der Landwirtschaft, zu widmen. Obzwar nun in Litauen keine Ausnahmegesetze bestehen, die den Juden die Beschäftigung mit der Landwirtschaft verbieten, sind doch in der jüngsten Zeit in der litauischen Konstituante bei Behandlung der Nationalisierung von Grund und Boden Beschlüsse gefasst worden, wonach Grund und Boden nur der erwerben darf, bezw. nur dem vom Staate zugewiesen werden kann, der den Nachweis erbringt, dass er landwirtschaftlicher Fachmann ist, bezw. sich mit Landwirtschaft speziell beschäftigt. Diese Beschlüsse werden natürlich hemmend wirken auf das berechtigte Bestreben, nach dem Fallen der Schranken des zaristischen Regimes, sich mehr als bisher der produktiven Tätigkeit zuzuwenden. Jedoch soll damit nicht gesagt sein, dass in Litauen nicht hinreichend Platz ist für die Entwicklung des Handels auf breiter Basis, denn Litauen ist durch seine geographische Lage dazu berufen, den Transithandel zwischen dem Osten und dem Westen zu vermitteln. Noch ist die politische Lage im Osten nicht dazu angetan, um die Bildung grosser Handelszentralen in Litauen zu ermuntern, aber einige diesbezügliche Ansätze sind schon gemacht u. zw. vorwiegend von jüd. Grosskaufleuten. Weniger intensiv ist die Betätigung der Juden in der Industrie, die vor dem Kriege auch vorwiegend in jüd. Händen lag. Während der deutschen Okkupation sind fast sämtliche Fabriken zerstört worden und das jüd. Kapital wagt sich vorläufig nur heran, um die kleineren Industriewerke wieder aufzubauen, wie Bierbrauereien, Gerbereien, Zigaretten-, Borstenfabriken usw. Dagegen liegen die grossen Fabriken vorläufig noch brach; so harren noch die Fabriken in der während des Krieges fast vollständig zerstörten Stadt Schaulen, wo vor dem Kriege Tausende von jüd. Handwerkern in den grossen Gerbereien, die einen grossen Teil Sibiriens mit Leder versorgten, Arbeit und Brot gefunden haben, ihrer Wiederaufrichtung. Doch dies wird sicher bald anders werden, nachdem der mit der russischen Sowjet-Regierung geschlossene Frieden, der Anfang August von der litauischen Konstituante ratifiziert worden ist, Wirklichkeit werden wird. Kraft dieses Friedens werden grosse litauisch-jüdische Zentren — Industrie Zentren — wie Wilna, Grodno, Lida, die bisher von den Polen okkupiert waren, wieder mit Litauen vereinigt. Die Anzahl der Juden Litauens wird dadurch auf mehr als eine halbe Million steigen und das wird auch befruchtend auf das litauische jüd. Wirtschafts- und Handelsleben wirken."

Zur Lage der Juden in Rumänien.

Dr. J. Niemirower, Rabbiner der spaniolischen Gemeinde in Bukarest, Präsident der rumänischen Grossloge „Bné Brith", einer der Vorkämpfer der Judenemanzipation in Rumänien und führender rumänischer Zionist hatte gelegentlich seiner Anwesenheit in Karlsbad die Freundlichkeit, dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" folgendes über die gegenwärtige Lage der Juden Grossrumäniens mitzuteilen. Auf die Frage, welcher Entwicklung die ru-

mänische Judenheit gegenwärtig entgegengeht, erklärte Rabb. Dr. Niemirower:

„Selbstredend wird der politische Umschwung in der Lage der rumänischen Juden, in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung einen grossen Einfluss ausüben. Die politische Lösung der Judenfrage, die hoffentlich immer mehr Realität annehmen wird, wird sicherlich die Gestaltung der Zukunft günstig bestimmen. Einen wesentlichen Faktor wird die Tatsache bilden, dass die Juden Bessarabiens, welche der russisch-jüdische Mut charakterisiert, die Juden der Bukowina, die politisch-kulturelle Erfahrungen mitbringen, die Juden aus Siebenbürgen und dem Banat, welche Gelegenheit hatten, ihren Freiheitssinn auszubilden nunmehr mit den eigentlichen rumänischen Juden, die eine gesunde Schlichtheit und Natürlichkeit auszeichnen, eine Zusammenfassung erfahren. Infolge der quantitativen und qualitativen Erstarkung der rumänischen Judenheit ist zu erwarten, dass dieselbe im vergrösserten, verstärkten und modernisierten Staatswesen sich die berechtigte Geltung auch zum politischen und wirtschaftlichen Nutzen des Landes wird verschaffen können.“

„Auf welche Weise wird der Vereinigungsprozess der Juden der verschiedenen Gebietsteile Grossrumäniens angestrebt?“

„Wie die Verhältnisse liegen, ist jede künstliche Beschleunigung dieses Vereinigungsprozesses zu vermeiden. Ich habe einen „Vierländerrat“ vorgeschlagen, der die Autonomie der Judenheit eines jeden Gebietes wahrt und dennoch eine Gemeinsamkeit herstellt. Bis die Verwirklichung dieses Ideales möglich sein wird, fördern der Zionismus, der alle jüdisch-national Gesinnten zusammenfasst, der „Bné Brith“ Orden, der alle Sozialtätigen verbindet und verschiedene im Bilden begriffene Organisationen, wie Rabbiner und Lehrerverband usw. die Verbindungsbestrebungen der Juden Alt- und Neu-Rumäniens.

Die Zustände im Danziger Auswanderungslager.

Der Berliner R.-Korrespondent der „J. P. Z.“ berichtet: Nach den Schilderungen der durchreisenden Flüchtlinge sind die Verhältnisse im Auswanderungslager in Danzig ausserordentlich beklagenswert. Seit dem Wiederaufflackern des Krieges und der Pogrome in Polen haben ungeheure Mengen von Auswanderern den Hafen von Danzig aufgesucht, um von dort nach Amerika zu kommen. Das Lager umfasst zeitweilig 10,000 Menschen, fast durchwegs Juden. Die Danziger Regierung hat verfügt, dass die Auswanderer sofort in das Lager „Troyl“ gebracht werden müssen und dieses Lager nur auf Erlaubnis, die sehr schwer erteilt wird, verlassen dürfen. Beim Eintritt ins Lager müssen sie sich nicht nur der Desinfektion und einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, sondern es werden auch den Frauen die Haare abgeschnitten. Ein junges Mädchen von 19 Jahren wollte sich dieser Prozedur widersetzen und als man sie doch dazu gezwungen hat, ertränkte sie sich im Meer. Die Flüchtlinge werden überhaupt höchst brutal behandelt. Am schlimmsten aber ist, dass sie durch das Verbot das Lager zu verlassen, jeder Ausbeutung innerhalb des Lagers schonungslos preisgegeben sind. Es werden für ein gewöhnliches Nachtlager auf einem Strohsack im Baracken-Massen-Quartier Mk. 19.— und in einem etwas besseren Bett Mk. 22.— pro Nacht verlangt, ebenso hoch sind die Preise für ein gewöhnliches Essen, das doppelt soviel kostet, als in einem Restaurant in der Stadt und viel schlechter ist. Sehr viel zu wünschen lassen die sanitären Einrichtungen des Lagers übrig. Die jüd. Organisationen, die sich mit der Hilfe für die Auswanderer befassen, insbesondere die „Hias“, werden von den Auswanderern beschuldigt, dass sie die Uebermittlung von Briefen und Telegrammen aus Amerika, sowie die Uebermittlung der einlangenden Gelder nicht mit der nötigen Sorgfalt, Pünktlichkeit und Schnelligkeit erledigen. Durch die Schikanen im Lager werden die Flüchtlinge oft so lange aufgehalten, dass sie in der Zwischenzeit ihr Reisegeld verbrauchen und von ihren Verwandten in Amerika neue Geldsendungen verlangen müssen, was wieder eine beträchtliche Zeit in Anspruch nimmt, wodurch neuerlich Geld für das Leben im Lager verbraucht wird. Die Zustände in Danzig beweisen, dass die internationalen jüdischen Organisationen noch immer nicht die nötigen Organe besitzen, um den stets von neuem eintretenden Katastrophen des jüd. Lebens mit erfolgreicher Abwehr entgegentreten zu können.

Chronik.

Polen.

— Auf einer Sitzung der reichsrätlichen militärischen Kommission wurde festgestellt, dass unter den 251 von den Feldgerichten verhängten Todesurteilen 66 Todesurteile Juden betroffen haben. Dies zeigt am besten, wie haltlos das Gerede vom staatsfeindlichen Verhalten der Juden ist, überhaupt, wenn man bedenkt, wie gehässig die einzelnen Bevölkerungsteile den Juden gegenüber sich benehmen und wie dadurch die Anzeigen und Denunziationen den Juden gegenüber beeinflusst werden.

— Laut dem Lemberger „Tugblatt“ berichtet ein Gewährsmann aus Hrubieszow über schauderhafte Greuel, die die Petljurabanden in den der erwähnten Stadt benachbarten kleinen jüdischen Gemeinden verübt hätten. In Laszczow fanden Ausschreitungen am 1. und 2. September statt, die am 5. September die Form eines regelrechten Pogromes annahmen. 95 % der jüd. Bevölkerung wurden ausgeplündert, 80 % aller Mädchen über 13 Jahre geschändet. Man zählt mehr als 50 Schwerverwundete. Auch in anderen Gemeinden soll es schrecklich zugegangen sein.

— Das offizielle zionistische Organ „Der Tog“ wurde auf Grund der Artikel: Ein Beschluss des provisorischen Jüd. Nationalrates und Die Arroganz des „Jud“ am 2. Okt. von der Regierung verboten; auch die Druckerei wurde versiegelt, obwohl dazu kein besonderer Befehl vorlag. Erst der Intervention des Abg. Grünbaum gelang es, die Benutzung der Druckerei wieder frei zu bekommen, sodass ab Sonntag „Der Tog“ wiederum in Form sogenannter Eintagsblätter unter verschiedenen Namen wie „Unser Hajnt“, „Najer Hajnt“ usw. erscheinen konnte.

— Der jüdische Volks- und Mittelschulverein eröffnet in Lemberg zu Beginn des Schuljahres ein Seminar mit 5 und ein Pädagogium mit 2jährigem Lehrgang, zwecks Ausbildung von Lehrern für die allgemeinen hebräischen Schulen. Das Pädagogium soll auch die Lehrer der Judaistik für die Mittelschulen ausbilden.

Litauen.

— Am 20. Sept. fand eine Sitzung des Waad Hapoel des Jüd. Nationalrates statt, auf der u. a. Minister Soloweitschik einen ausführlichen Bericht über seine Stellungnahme gegenüber der Regierung bezügl. der aktuellen Fragen der letzten Zeit erstattete. Er erwähnte u. a. den Pogrom in Seiny, seine Fahrt nach Wilna, die Frage der jüd. Beamten, der Staatssprache in der Konstitution, die Flüchtlingskommission und die Zwangssteuer. Er erwähnte auch, dass die Regierung beschlossen habe, eine Zeitung auch in jiddischer Sprache herauszugeben. Was die staatlichen Feiertage betrifft, wurden für das jüd. Ministerium besondere 16 Tage als jüd. Feiertage erklärt.

Am 30. Sept. ist Minister Soloweitschik in staatlicher Mission zusammen mit der Regierungs-

kommission nach London, Paris und Rom abgereist.

— Die finanzielle Lage der Jeschiba in Slobodka ist eine kritische, da ein Grossteil der während des Krieges geflüchteten Schüler jetzt nach Slobodka zurückkehrt. Auch 50 von den Jeschiboth in Lomza und Grodno geflüchtete Bachurim sind in die Jeschiba von Slobodka eingetreten, sodass deren Schülerzahl 200 übersteigt, wodurch an monatlichen Ausgaben sozusagen nur für Brot und Wasser 70—80,000 Mark aufzubringen sind. Die Leiter der Jeschiba wenden sich daher mit einem Hilferuf an die jüd. Oeffentlichkeit um finanzielle Unterstützung.

Estland.

— Das Correspondence-Bureau von Gorodezky und S. Perlmann in Reval, Estland (Kleine Kanistr. 1 w 3) teilt der „J.P.Z." mit, dass es gegen Erlag von 10 deutschen Mark Briefe nach Soviet-Russland befördert. Das Büro führt seine Korrespondenz in russischer, englischer, deutscher und jiddischer Sprache.

Bukowina.

— Bezüglich der drohenden Ausweisungen hat Dr. Mayer-Ebner beruhigende Versicherung erhalten. Rücksicht auf die ärmere, Handel- und Gewerbetreibende Bevölkerung wurde versprochen. Die Anmeldungen gehen weiter vor sich, während die Entscheidungen vorläufig suspendiert wurden. Nach Sichtung des gesamten Materials wird gewissermassen eine Rangordnung geschaffen werden und zuerst alle jene Personen die von Renten auch anderwärts leben können, wie auch diejenigen, deren wirtschaftlicher Betrieb auch von einem anderen Orte aus erfolgen kann, wie z. B. Reisende, zum Verlassen Czernowitz veranlasst werden.

— Das „Joint" in Czernowitz verweigerte der Studentenküche eine Unterstützung, so lange diese nicht rituell geführt werde. Jüd. Arbeiterkreise, wie auch ein Teil der Studentenschaft, laufen gegen diese Entscheidung Sturm.

Rumänien.

— In Konstanza sind zahlreiche Juden, die vor den in der Ukraine verübten Petljura'schen Pogromen und Plünderungen geflüchtet sind, eingetroffen, mit der Absicht nach Amerika auszuwandern. Noch zahlreichere jüd. Flüchtlinge aus der Ukraine befinden sich, trotz aller Einreiseverbote, in Bessarabien und hauptsächlich in Kischinew, wo sie grösstenteils infolge des ungeheuren Wohnungsmangels obdachlos sind. Es bildete sich ein spezielles jüd. Komitee um die Unglücklichen in jüd. Privathäusern unterzubringen.

— Die Vorarbeiten für die Eröffnung einer hebr. Lehrerbildungsanstalt in Grossrumänien stehen vor dem Abschlusse. Budget und Finanzen sind gesichert. Es wurde ein Konsortium unter dem Vorsitz des Rabbiners Niemirower gewählt. Die erste hebr. Lehrerbildungsanstalt für Grossrumänien wird in Braila eröffnet.

Siebenbürgen.

— Um der Wohnungsnot zu steuern, haben die Klausenburger orthodoxe jüd. Gemeinde und der Jüd. Nationalrat die Gründung einer Bauaktiengesellschaft mit 5 Millionen Lei Kapital initiiert. Zur Beteiligung wurde auch die isr. Neologengemeinde aufgefordert. Für den 3. Okt. war bereits eine diesbezügliche Sitzung einberufen. Eine Deputation sprach beim Minister Mihalyi in der Bauaktion vor und verlangte die vorläufige Sistierung der Ausweisung von Juden aus Gründen der Wohnungsnot, da sich diese verpflichten, die Bautätigkeit sofort in Angriff zu nehmen. Der Minister versprach günstige Erledigung und Unterstützung der Bauaktion.

Ungarn.

Das ungarische Parlament betrachtet den Friedensvertrag als Papierfetzen.

Die Nationalversammlung in Ungarn hat mit 57 gegen 7 Stimmen das Gesetz über den numerus clausus votiert. § 3 des Gesetzes, der stipuliert, dass die Juden eine besondere Nationalität bilden, bezweckt nicht etwa den jüd. Massen die nationalen Minoritätsrechte einzuräumen, sondern sie all ihrer Rechte zu berauben und sie den Ausländern gleichzustellen. Im Laufe der heftigen Debatten, die diesem Ausnahme-Gesetze vorangingen, wurden scharfe antisemitische Reden vom Unterrichtsminister Haller und verschiedenen Deputierten gehalten. Haller erklärte, dass das Gesetz kein toter Buchstabe bleiben werde und „dass er durch geeignete Massnahmen die Juden fühlen lassen werde was Zionismus ist". Bischof Prochaska erklärte, dass es sich um die Rettung des Landes vor einer Katastrophe handle. Man muss den Juden verständlich machen, dass sie als Ausländer betrachtet werden müssen. Der Deputierte Kereki ist soweit gegangen zu sagen, dass er die Juden nicht nur schlagen, sondern dass er sie auch töten würde.

Ungarn ist das erste europäische Land, das die Juden auf legislativem Wege ihrer Bürgerrechte beraubt. Dieses Ausnahme-Gesetz, des Mittelalters würdig, ist eine der gröbsten Verletzungen des im Trianon abgeschlossenen Vertrages zwischen Ungarn und den Grossmächten, wonach alle ungarischen Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich sind und ohne Unterschied von Rasse, Sprache oder Religion die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte geniessen.

Wird die Liga der Nationen Ungarn erlauben, eine mittelalterliche Politik von Unduldsamkeit und Obskurantismus auszuüben und den Vertrag von Trianon als einen Papierfetzen zu betrachten?

— Nach Meldungen des „Vilag" und „Az Ujsag" fanden am ersten und zweiten Oktober in Budapest neuerliche von den „Erwachenden Magyaren" verübte Judenexzesse statt. Die Zahl der Opfer soll sich auf gegen 100 belaufen.

Budapest, 10. Okt. (Ung. Tel.-Korr.-Bur.) Auf den Ausweisungsbefehl für die in Budapest befindlichen galizischen Juden hin haben 15,000 Ostjuden von der Regierung die Ausstellung von Pässen nach Palästina verlangt. Es ist jedoch nur möglich, dass die Juden gruppenweise nach Palästina befördert werden.

— „Az Ujsag" meldet, dass die Ankündigung der Internierungs-, beziehungsweise Ausweisungsverordnung im Kreise der interessierten Ausländer grosse Konsternation hervorgerufen habe. Die ausländischen Gesandtschaften und Missionen werden seit Tagen wegen Inofrmationen förmlich bestürmt. Der grösste Verkehr ist natürlich auf der polnischen Gesandtschaft, die den Standpunkt vertritt, dass alle diejenigen, welche in unzweifelhafter Weise ihre polnische Staatsbürgerschaft nachweisen können, ohne Hindernis nach Polen zurückkehren können.

„Pester Lloyd" wirft dabei die Frage auf, ob diese Regierungsmassnahme, welche von der jüdischen Rasse und nicht vom jüd. Glauben spricht, sich auch auf die getauften Juden bezieht.

— Wie der Budapester Korrespondent des „Uj Kelet" berichtet, haben sich bisher in Ungarn 3500 Juden, hauptsächlich wohlhabende, zur Auswanderung nach Palästina angemeldet, wo sie sich mit ihrem Kapital am industriellen und landwirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligen wollen. Die Aktion wird von Rabbiner Deutsch Lipot geleitet. Zur Förderung der Wiederaufbauarbeit in Palästina, wurden in Budapest

verschiedene Kurse eingerichtet. Die Ingenieure Brünn Benö, Szivos Jenö und Török Istvan seien bereits in Palästina eingetroffen und haben ihre Arbeiten begonnen. Die Ingenieurabteilung umfasst 28 Teilnehmer. Die von Dr. Krausz Mikša geleitete Vortragsgruppe der Mediziner zählt 28 Hörer. Es wird geplant, zwischen Jaffa und Haifa eine auf 2500 Hektar bemessene ungarische Kolonie ins Leben zu rufen, wozu sich bereits im Hüvösvölgy 20 junge Chaluzim vorbereiten, die dann von weiteren Chaluzim abgelöst werden sollen. Der Budapester Vertreter des „Joint" habe bereits 1,300,000 Kronen votiert, um die Ueberfahrtskosten von 130 Chaluzim nach Palästina zu decken. Von den erwähnten 20 Chaluzim sind 4 an der Budapester Universität zur Fortsetzung ihrer Studien nicht zugelassene Akademiker. Von den Aerzten ist als erster Dr. Barsi Dezsö, Chefarzt der Ofener Klinik, bereits vor drei Wochen nach Palästina gegangen, um den Bau des Sanatoriums für Knochentuberkulose zu leiten, in Begleitung des bekannten Budapester Internisten Dr. Béla Benedek.

Oesterreich.

— Wie der „J.P.Z." aus Wien mitgeteilt wird, konstituierte sich dort nach längeren Vorbereitungen am 29. September eine Landeszentrale der Misrachi-Föderation für Oesterreich, die zunächst die Vereine Misrachi (Wien), Jischuw Erez Israel und Zeire Hamisrachi umfasst. Der Beitritt weiterer Misrachi-Ortsgruppen stehe bevor. Zum Vorsitzenden des provisorischen Komitees wurde Dr. Samuel Rapaport in Baden bei Wien gewählt, während Oberrabbiner Schapiro aus Drohobycz das Ehrenpräsidium übernahm.

Wien. Die Eröffnung des neugegründeten jüd. Religionslehrerseminars fand am 10. Oktober statt. Präsident des Kuratoriums ist Oberrabbiner Dr. Chajes, Vizepräsident Hofrat Dr. Frankfurter.

Die Rettungsaktion für die jüdischen Kinder in Wien.

Der unlängst erschienene erste Tätigkeitsbericht der Wiener „Zentralstelle zur Versorgung jüd. Kinder im Auslande", die als Sektion des Vereines „Soziale Hilfsgemeinschaft Anitta Müller" arbeitet, umfasst die Zeit vom 15. Mai 1919 bis 15. Mai 1920 und enthält ausser der Zustandsschilderung und Ontogenese der Kinderreisen, einem Kapitel über die Organisation der Arbeit und den Anteil der Aemter und Behörden, Beschreibungen der Hospitalisierung der Kinder in den einzelnen Ländern, worunter am umfangreichsten die des ersten Schweizer Aufenthaltes ist. Die jüd. Aktion wurde ins Leben gerufen nicht nur aus dem Grunde, weil die jüd. Kinder durch die nicht jüdischen Komitees nicht die der jüd. Not entsprechende Berücksichtigung gefunden hätten oder hätten finden können, sondern auch weil viele aus nationalen und religiösen Gründen nicht an den anderen Auslandsaktionen hätten teilnehmen können. Die Wiener Zentralstelle wurde gegründet, als sich nach den Erhebungen des vom Jüd. Nationalrat für Deutschösterreich geschaffenen sozialen Organisationsamtes ergab, dass die jüd. Kinder Wiens in überwiegender Zahl der grössten Gefahr leiblichen und seelischen Verkommens ausgesetzt waren und sich die jüd. Bevölkerung der Schweiz bereit erklärt hatte, die ersten 500 Kinder aufzunehmen. An ihrer Spitze stehen Oberrabb. Dr. Chajes und Frau Anitta Müller. Zum ersten Male erfährt man genaue Zahlen über die in die einzelnen Länder entsendeten Kinder, mit Unterteilung nach Geschlechtern und Transporten. In der Schweiz waren 1525 Kinder (Dauer des Aufenthaltes durchschnittlich 6 Wochen), Holland 3602 (4 Monate), Italien 302 (6 Wochen), Dänemark 143 (8 Wochen), Tschecho-Slovakei 388 (6 Wochen), Deutschland 148 (6 Wochen), Inland 670 (6 Wochen). Summe 6778 Kinder. Ein weiteres Verzeichnis bringt Angaben über die aus Holland eingelangten Lebensmittel und deren Verbrauch. Die letzten zwei Seiten geben den Rechnungsabschluss der Ferienaktionen mit K. 1,513,328,57. Der Eindruck, der sich aus der Lektüre des Berichtes ergibt, ist kurz zusammengefasst: Die Hilfsaktionen müssen fortgesetzt werden, denn Teilnahmslosigkeit bedeutet nichts anderes als die Bekräftigung von abwendbaren Todesurteilen tausender jüd. Kinder.

Deutschland.

Berlin. - R. - Um auf die Arbeiterschaft Eindruck zu machen, bedient sich die antisemitische Propaganda des Mittels, unter der Arbeiterschaft Flugblätter mit einem angeblichen Ausspruch Lassalles zu verbreiten, die Arbeiterbewegung „habe sich fernzuhalten von Kapitalisten und Juden; wo diese als Leiter und Führer auftreten, da verfolgen sie auch eigene jüdische Zwecke". Zu dieser Propaganda bemerkt Eduard Bernstein, der Herausgeber der Gesamtausgabe der Reden und Schriften Lassalles, dass dieses Zitat aus Lassalle unbedingt gefälscht ist. Lassalle habe lediglich gegen die Aufnahme von Literaten in die Arbeiterpartei Bedenken gehabt, aber auch hier gerade Juden wie Eduard Löwenthal und Moses Hess bevorzugt.

Der „Vorwärts" veröffentlicht am 8. Okt. einen sehr einsichtsvollen Leitartikel über „Das Ostjudenproblem", der das fürchterliche Elend der ostjüdischen Flüchtlinge schildert, über die eine ungeheure weltgeschichtliche Katastrophe hereingebrochen sei. Der ostjüdischen Einwanderung dürfte nicht „nach altpreussischer Art" mit schikanösen und kleinlichen Polizeimassnahmen entgegengetreten werden. Der „Vorwärts" empfiehlt darum wirtschaftspolitische verständige Massnahmen, aber keine Ausweisungen.

Das „Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe" in Münster hat an die ihm unterstellten Arbeitsnachweise ein Schreiben gerichtet, in dem vor der Tätigkeit des Jüdischen Arbeitsamtes in Duisburg gewarnt wird. Es heisst darin: „Das sog. Jüdische Arbeitsamt in Duisburg fördert planmässig die Einwanderung ostjüdischer Arbeitskräfte in unsern Bezirk. Seine Tätigkeit hat schon wiederholt die auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse gerichteten Bemühungen in unheilvoller Weise durchkreuzt. Es richtet sich nicht nach den Erfordernissen der deutschen Volkswirtschaft, sondern nach den Bedürfnissen der ostjüd. Einwanderer." Schliesslich werden die Arbeitsnachweise ersucht, jede Zusammenarbeit mit dem Jüd. Arbeitsamt abzulehnen. Dieses Vorgehen der offiziellen deutschen Arbeitsbehörden ist ausserordentlich charakteristisch, besonders wenn man es mit den Argumenten der antisemitischen Propaganda zusammenbringt. Auf der einen Seite wird den Juden immer wieder Schiebertum und Händlertum vorgeworfen, auf der andern Seite wird systematisch verhindert, dass der kleine Bruchteil nach Deutschland verschlagener Ostjuden, der in Wahrheit auch zur schwersten Arbeit bereit ist, an Arbeitsstätten untergebracht wird.

Auf dem 30. Jahrestage des alldeutschen Verbandes, der Ende September in Frankfurt a. M. tagte und den üblichen Charakter derartiger nationalistisch-chauvinistischer Veranstaltungen trug, machte der erste Geschäftsführer des Verbandes, Freiherr von Vietinghoff-Scheel, die Mitteilung, dass die deutsche Adelsgesellschaft den Beschluss gefasst hat, niemand mehr aufzunehmen, „der sich mit jüdischem Blut versippt hat". Eine neue Adelsmatrikel unter Ausschluss aller zu stark mit jüdischem Blut behafteten Familien, insbesondere der seit 1800 geadelten, deren Stammvater ein Jude gewesen ist, wird angelegt.

Die Aktion der Zion. Vereinigung für Deutschland für den Keren Hajessod ist bereits in vollem Umfang aufgenommen worden. In allen Teilen Deutschlands werden Gruppenverbandstagungen vorbereitet, bei denen die Durchführung der Aktion organisiert werden soll. Am 10. Okt. fand bereits in Breslau eine Besprechung schlesischer Gruppen unter Anwesenheit Dr. Hantkes statt, in Hannover eine mitteldeutsche Tagung, bei der Julius Berger referierte, in Köln eine Tagung für das besetzte Gebiet, an der Lichtheim und Rosenblüth teilnahmen. Tagungen des bayrisch-württenbergischen und rechtsrheinisch-westfälischen

Gruppenverbandes stehen bevor, bei beiden wird Kurt Blumenfeld referieren.

Der bekannte Palästinaforscher Davis Trietsch, dessen Palästina-Handbuch schon vor dem Krieg in 3 Auflagen erschien, ist am 10. Okt. von Berlin zu mehrmonatlichem Aufenthalt nach Palästina abgereist.

England.

London. Am 6. Okt. fand unter Vorsitz von Lionel Rothschild das Abschiedsbankett für den Chiefrabbi Dr. Hertz statt, der sich auf eine Reise, die länger als ein Jahr dauern soll, nach den verschiedenen englischen Kolonien begibt, um einen engeren Kontakt zwischen der dortigen und der englischen Judenheit herzustellen. Reden wurden u. a. gehalten vom Kolonialminister Lord Millner, Lord Reading, Dr. Gaster und Prof. Weizmann.

— Im New-Yorker „Morning Journal" vom 24. September veröffentlicht der bekannte amerikanische Journalist B. Shelwin seine Eindrücke von den Umwälzungen im Zentralbüro der Zion. Organisation in London. Er habe das Büro nach seiner vierwöchentlichen Abwesenheit gar nicht wiedererkannt. Die unter Einfluss von Brandeis gefassten Beschlüsse haben bewirkt, dass fast alle bekannten führenden Zionisten teils entfernt, teils sich zurückgezogen hätten, Weizmann und Sokolow seien fast stets mit politischen Dingen beschäftigt und grösstenteils abwesend. Die ganze Leitung liege also in den Händen von Julius Simon, der ein geradezu diktatorisches Regiment führe. Auch Hantke, der bereits ein Haus in London erworben hatte, ist nach Berlin zurückgekehrt. Alle Beamten, die eigene Meinungen hatten, wurden entfernt, während das Büro von jungen Leuten geleitet wird, so von Dr. Sonne, Lauterbach und Singer, die, fast unbekannt in der zionistischen Bewegung, die Plätze eines Boris Goldberg, Naiditsch und Slatopolsky einnehmen, nur deshalb, weil sie gut parieren. Gerade während seiner Anwesenheit in London sei es vorgekommen, dass sowohl Sokolow, wie auch Slatopolsky und Naiditsch den Adjudanten des Diktators Simon nachgeben mussten. Man spricht sogar davon, dass Slatopolsky und Naiditsch, die Schöpfer des Keren Hajessod, sich zurückziehen wollen und an Weizmann ein Ultimatum gestellt hätten. Man ist allgemein der Ansicht, dass man die Mitglieder des Grossen Aktionskomitees ehestens alarmieren und zu einer Sitzung einberufen müsse, um dem jetzigen Kurse ein Ende zu bereiten. Nicht nur Nordau, Marmorek und Sacher hätte resigniert, sondern auch die Resignation Ussischkins soll, wie es heisst, bevorstehen; alles Opfer des neuen sogenannten amerikanischen Kurses. Da in den Londoner zionistischen Kreisen grosse Entrüstung herrsche, habe er sich verpflichtet gefühlt, den Amerikanern die Lage zu schildern, damit sie sehen, was die amerikanische Delegation in London angerichtet habe.

Amerika.

— Wie aus New-York berichtet wird, wurde auf einer Spezialsitzung der amerikanischen zion. Exekutive die Taktik der amerikanischen Delegation an der Londoner Konferenz ziemlich scharf kritisiert. Rabbi Wise, der anscheinend seinen Austritt aus der Exekutive zurückgezogen hat, wurde zum Vorsitzenden des Resolutionskomitees gewählt. Unter Betonung der Notwendigkeit einer definitiven Aufbauarbeit für Palästina, wird in der Resolution auch der ernste Wunsch der amerikanischen Zionisten ausgesprochen, die Integrität der Zion. Weltorganisation zu wahren. Ein besonderes Komitee wurde ernannt, das sich mit allen Fragen, die die Aufbringung des Keren Hajessod betreffen, beschäftigen soll.

— Bekanntlich hat sich Felix Warburg für die Einschränkung der Einwanderung nach Amerika ausgesprochen und soll wie es heisst bei seinem Aufenthalte in Paris in dieser Angelegenheit mit verschiedenen Persönlichkeiten, darunter auch mit Sokolow, konferiert haben. Auf einer Sitzung des administrativen Komitees des Jüd. Kongresses wurde nun beschlossen, beim „Joint" brieflich anzufragen, wieso es dazu komme, derartige Verhandlungen ohne Zustimmung der anderen grossen jüd. Organisationen zu führen.

— Um die Landung der Immigranten zu beschleunigen, hat die Regierung 133 Beamte für Ellis-Island neu angestellt.

— In den letzten Wochen sind fast 90,000 jüd. Immigranten in Amerika gelandet. Da zahlreiche Farmer ihre Arbeiter gern unter den Einwanderer rekrutieren möchten, will der Einwanderungskommissär den beim Einwanderungsbüro bestehenden Arbeitsnachweisdienst ausbauen und auf die Immigranten einwirken, sich statt der Fabriksarbeit, den landwirtschaftlichen Arbeiten zuzuwenden.

— Da ein Teil der in Europa und speziell in Polen sich befindlichen Mitglieder des Joint nach Amerika zurückkehrt, hat das „J.D.C." beschlossen, eine neue 20köpfige Delegation nach Europa zu entsenden, die am 9. Oktober New-York verlassen sollte.

— Felix Warburg, der nach den Beratungen in Paris kurze Zeit in der Schweiz weilte, von wo er noch nach Wien und Polen zu gehen gedachte, ist sofort nach Erhalt der Meldung von der Erkrankung Schiffs auf der Rotterdam nach Amerika zurückgekehrt. Da die Rotterdam, infolge Nebels, ausserhalb New-Yorks aufgehalten wurde, schiffte sich Warburg als er vom Tode seines Schwiegervaters erfuhr, auf einem besonderen Schiffe unverzüglich nach New-York ein.

— Der Präsident der „Hias", John Bernstein, ist am 25. Sept. nach New-York zurückgekehrt.

— Im New-Yorker „Tog" vom 26. Sept. veröffentlicht der Präs. des Galizianer-Verbandes, Dr. Margosches, ein interessantes Interview mit dem Czortkower Wunderrabbi. Der Rabbi erklärte, nie mehr nach Czortkow zurückkehren zu wollen. Er würde gern nach Amerika kommen, falls er in einer jüd. Mission hin entsendet würde. Vorderhand möchte er jedoch nach Palästina gehen, jedoch sei auch dies noch nicht sicher. Der Rabbi beklagte tiefstens den religiösen Ruin des jetzigen Geschlechtes. Es gebe bloss ein Mittel die Juden zu retten, wenn die Amerikaner statt der zahlreichen Almosen, die wohl nicht viel helfen, das ganze Geld zur Gründung von Schulen hergeben würden, in welchen natürlich, im Gegensatz zu den Chadorim, neben den jüdischen Gegenständen auch die Landessprachen und irgend ein Handwerk, das für später Ernährungmöglichkeiten biete, gelehrt werden müssten. Der Rabbi betonte, wie nötig Einheit und Frieden im Judentume seien und erwähnte auch seinen Versuch, eine Verständigung zwischen den Zionisten und den Szlome Emune Jisroel herzustellen, wobei die Führung der politischen Angelegenheiten die Zionisten und die der religiösen Angelegenheiten die Emunisten übernehmen sollten. Dieser Plan sei jedoch gescheitert, da die Zionisten ihm nicht beistimmen wollten.

Kanada.

— Mit Rücksicht darauf, dass zahlreiche Immigranten, darunter hauptsächlich russische und polnische Juden, gegen die existierenden Regulative ins Land gelangen, hat das Immigrations-Departement der kanadischen Regierung an die Schiffsgesellschaften eine Warnung erlassen, nur solche Immigranten zu befördern, die die Einreisebewilligung dokumentarisch beweisen können.

Aegypten.

— Dank der Bemühungen der „Jüdischen Frauen-Vereinigung" in Alexandria wurde von der Berlitz-Schule ein Kursus in hebräischer Sprache eröffnet.

Erez Israel — Palästina.

— Die erste Sitzung des Advisory Council wurde von Herbert Samuel auf den 6. Okt. festgesetzt.

— Die neue, s. Zt. von den Türken zerstörte Eisenbahnlinie von Ludd nach Jaffa, wurde wieder hergestellt u. durch den Oberkom. a. 5. Okt. eingeweiht. Samuel führte, in einen Ingenieurmantel gehüllt, den ersten Zug persönlich von Ludd nach Jaffa. In Tel-Awiw überschütteten jüdische Massen die Lokomotive mit Blumen. Samuel schlug den letzten Nagel in einen Waggon ein, dadurch die Beendigung des Jerusalem und Jaffa verbindenden Bahnbaues symbolisierend. In einer Rede betonte Samuel, dass dies der erste Schritt sei, zur Handelsentwicklung von Jaffa, das in Bälde einer der grössten Häfen am Ostufer des Mittelländischen Meeres werden wird.

— Am 24. Sept. wurde die von Prof. Geddes in Jerusalem veranstaltete Städtebau-Ausstellung in Anwesenheit Samuels eröffnet. Samuel wies in seiner Ansprache darauf hin, dass man jetzt in Palästina nicht neue „Ruinen" aufbauen dürfe, sondern Baulichkeiten, die den sanitären und ästhetischen Forderungen des Landes entsprechen. Man dürfe nicht den Bauten anderer Länder sklavisch folgen, sondern bei aller, durch die geringen Mittel aufgezwungenen Beschränkung darnach streben, den Baustiel der Vergangenheit des Landes unter Berücksichtigung der jetzigen Bedingungen und dem „palestinian spirit" anzupassen. Weitere Reden wurden von Prof. Geddes, Stadtpräsident Nashashibi, David Jellin, Mc. Lee namens der amerikanischen Christengemeinde Jerusalems, Ashbi, dem Berater der Regierung in Baufragen und Ussischkin gehalten.

— Anlässlich des bevorstehenden Zusammentritts der Delegiertenversammlung, tritt der „Doar Hajom" mit einem äusserst scharfen Artikel „Wir klagen an" gegen den Waad Hazirim auf, ihn beschuldigend, dass er ganz ins Schlepptau der linken Parteien geraten sei und gegen den ausgesprochenen Willen der Bevölkerung auf dem, jetzt nach San Remo und Ernennung Samuels ganz überflüssigen Zusammentritt der Delegiertenversammlung beharre. Die s. Zt. unter dem Eindruck der Osterunruhen stattgefundenen Wahlen, hätten längst ihre Gültigkeit verloren. Damals handelte es sich darum, dem einmütigen Protest der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, weshalb auf die Parteizugehörigkeit der einzelnen Delegierten wenig Rücksicht genommen wurde. So sind die linksradikalen Parteien, die auch sonst durch das Wahlsystem verschiedentliche Bevorzugungen genossen, zu einer überwiegenden Majorität gelangt, die keineswegs dem Willen der palästinensischen Bevölkerung entspricht. Jetzt sind nicht nur alle Orthodoxen geschlossen gegen die Delegiertenversammlung, sondern auch noch zahlreiche andere führende Persönlichkeiten, deren Aeusserungen, wie die Oberrabbiner Kuks, Ben Jehudas und Prof. Slousch der „Doar Hajom" als erste einer nachfolgenden Serie wiedergibt. Ganz besonders wendet er sich gegen Ussischkin, den er als „Boged" — Verräter — bezeichnet, der nur um an Brandeis und an den Amerikanern Rache zu nehmen, sich jetzt den von ihm erst unlängst so sehr bekämpften Extremisten, gänzlich verschrieben habe. Er wolle jetzt seinen Willen der jüd. Bevölkerung aufzwingen, ohne zu bedenken, dass der Zusammentritt der Delegiertenversammlung von nachträglichen Folgen für das palästinensische Judentum begleitet sein könnte.

— Um zur Verbilligung der Lebensmittel beizutragen, hat die Regierung die bisher bestehende Pflicht der Fischer, einen Teil ihres Gewinnes der Dette Publique Ottomane abzuführen, enthoben. Da es sich bei dieser Steuerleistung um eine grössere Summe handelte, erwartet man, dass die Fische in Palästina jetzt bedeutend billiger erhältlich sein werden. Die Fischerei, die bisher Staatsmonopol war, wurde als frei erklärt, sodass die freie Konkurrenz sicherlich die Preise bald zum Sinken bringen dürfte.

— Wie der „Doar Hajom" vom 26. Sept. aus verlässlicher Quelle erfahren will, hat die Zion. Exekutive beschlossen, den bestehenden Kwuzoth die verlangte Subvention zu gewähren; die Hälfte der bewilligten Subvention sei bereits nach Palästina überwiesen worden.

— Das Finanzdepartement bei der Regierung hat begonnen, die Schäden an die jüd. Familien, die sie bei den Unruhen in Jerusalem erlitten hatten zu vergüten; es wurden für diesen Zweck 20,000 Pfund bestimmt. Die Schäden wurden von dem juridischen Departement des Waad Hazirim angegeben und von der Regierungsuntersuchungskommission bestätigt.

— Vertreter einer holländischen Hafenbaugesellschaft, sind in Jaffa eingetroffen, um der Regierung die bereits fertigen Hafenpläne für Jaffa zu unterbreiten und über die finanziellen Fragen zu konferieren. Die Kosten des Hafenbaues sollen sich auf 600,000 Pfund stellen. Man hofft, die Arbeiten, die gegen drei Jahre dauern und nahezu 1000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen sollen, im kommenden März zu beginnen.

— Der bisherige Vorsitzende des Mischpath Haschalom, Frumkin, ein bekannter palästinensischer Rechtsanwalt, wurde zum Mitgliede des Appellationsgerichtshofes ernannt. Ausser Frumkin, dessen Wahl von den Juden mit grosser Genugtuung begrüsst wurde, gehört dem sechsköpfigen Appellationsgerichtshof noch ein zweiter Jude, Malchiel Meni, an. Zum Gehiflen des Friedensrichters in Jerusalem wurde Mordechai Libanon ernannt. Zedkija Harkawi wurde Generalprokurator beim Gerichtshof erster Instanz in Haifa.

— Am 24. Sept. langte in Alexandrien ein griechisches Schiff mit 2000 Chaluzim an, die dort auf Fahrgelegenheit nach Palästina harren. Am 25. brachte die „Bukowina" aus Konstantinopel 335 Leute, grössteils Chaluzim, darunter 14 sephardische Familien und am 26. die „Tirol" aus Triest 175 Mann, wovon ebenfalls die meisten Chaluzim sind, nach Jaffa.

Die Misrachi-Organisation und die Immigration.

Während der Monate Ab und Ellul wandten sich zirka 300 Immigranten an des Misrachibüro in Jaffa, mit dem Ansuchen, Arbeit für sie zu organisieren. Es waren dies meist Leute im Alter von 20—30 Jahren, wovon zirka 200 bereits im Galuth dem Jung-Misrachi oder Misrachi angehörten. Der dem Misrachiverband angehörende Jischub Erez Israel-Verein in Wien, nahm sich ihrer an und erleichterte ihnen die Reise nach Palästina. Die Zahl der Arbeiter, die im Lande verbreiteten Berufe, wie Schlosserei, Schneiderei und Tischlerei ausüben, war gering; dieser nahm sich das Büro an. In Jaffa selbst wurden einige ansässig gemacht, einige in Orte geschickt, wo Mangel an erwähnten Berufen herrscht. Die Mehrzahl der Immigranten gehörten jedoch freien Berufen an oder waren Schüler des Beth-Hamidrasch, die als Chaluzim sich einige Zeit für landwirtschaftliche Arbeit vorbereitet hatten. Diese hätten auch jetzt in der Landwirtschaft Verwendung finden müssen. Leider gab es jedoch in diesen Monaten keine Arbeit in den Kolonien, Ueber landwirtschaftliche Kwuzoth auf Rechnung der Zion. Org. verfügt der Misrachi nicht und in Kwuzoth anderer Parteien wollten diese jungen Leute nicht eintreten. Es besteht jedoch Hoffnung, dass man bei Beginn der Arbeit nach den Feiertagen im Stande sein wird, nach dem Plane des Misrachi zirka 100 Arbeiter in den Kolonien unterzubringen. Aeltere Leute brachte das Misrachibüro in für sie passenden Berufen unter. Eine Anzahl Absolventen des Beth Hamidrasch, die

auch allgemeine Bildung besitzen, wurden in das Misrachi-Lehrerseminar aufgenommen.

— Der Misrachi gedenkt auch in einigen Kolonien Galiläas Arbeitshäuser und Volksküchen zu eröffnen, ebenso solche für städtische Arbeiter in Jerusalem, Jaffa, Haifa usw.

Schweiz.

— Auf Einladung des Zentralkomitees des Schweiz. Zionistenverbandes fand am 10. Oktober in Basel im engeren Kreise eine Beratung statt, wegen der an die Palästina Emigranten zu gewährenden Hilfe. Dr. Schabad legte in seinem Referate das Problem dar, wobei der Vorsitzende, Dr. Brunschwig, ergänzend bemerkte, dass sich die Beratung nicht nur auf die Palästina-, sondern auf alle Durch- und Abwanderer beziehe. Im Laufe der Diskussion schilderte Wilhelm Simon, Zürich, das namenlose Elend und sprach sich sogar dafür aus, dass bei Nichtaufbringen anderer Mittel die einzelnen Gemeinden ihre, für verschiedene Zwecke bestimmten Reserven, dieser Aktion zuführen müssten. Namens des Gemeindebundes erklärte Bloch-Roos, dass man statt neuer Komiteebildungen, endlich doch zu Taten schreiten solle, dann werden auch die Mittel nicht fehlen. Schliesslich wurde auf Antrag von Dr. Rapaport, Zürich, beschlossen, je ein Mitglied des C. C. des Schweizerischen Zionistenverbandes, des Komitees für jüd. Auswanderer in Basel und der jüd. Emigrationskommission Zürich zu delegieren, damit diese unter Heranziehung der anderen in der Schweiz bestehenden Gemeinden, Vereine und in Betracht kommenden Privatpersonen, die sich eingehend mit der Auswanderung beschäftigen, die bestehenden zwei Komitees ausbauen.

— Die amerikanischen Zeitungen vom 25. Sept. verbreiten eine Kabelmeldung des Londoner Jüd. Corr.-Büros, wonach in der Schweiz 2000 jüd. Studenten buchstäblich vor Hunger sterben würden. Wenn auch die Not der in der Schweiz sich noch befindlichen ausländischen jüd. Studentenschaft sehr gross ist, dürfte es wohl kaum angebracht sein, zu derartigen Uebertreibungen, was die Zahl anbelangt, zu greifen. Auf wessen Konto die eine überflüssige Null zu stellen ist, ob auf die des „J.C.B." oder der amerikanischen Zeitungen ist nicht klar.

— Dr. Samuel Pflanzgraben, der als Delegierter der 5000 jüd. Kriegsgefangenen in Sibirien, vor mehreren Monaten nach Palästina gekommen ist, weilt jetzt auf der Rückreise von dort in der Schweiz, von wo er sich nach Japan begibt, um sich mit den Kriegsgefangenen in Sibirien in direkte Verbindung zu setzen. In Palästina war Dr. Pflanzgraben in dem, unter Leitung von Dr. Beham stehenden Pasteur-Institut in Jerusalem tätig, das seit 1913 funktioniert. Dr. Pflanzgraben soll sich auch mit allen jüd. Aerzten Europas und Amerikas, wohin er ebenfalls geht, in Verbindung setzen, um Unterstützung für das Pasteur-Institut in Jerusalem, vor allem durch den Bezug der dort verarbeiteten erstklassigen Pokkenlymphe und therapeutischen Vaccina-Serums zu gewinnen.

— Wie wir erfahren, ist Ingenieur S. Ginsburg, Präs. der jüd. Emigrationskommission Zürich, einer Einladung der Agudas Jisroel nach Frankfurt a. M. gefolgt, um gelegentlich einer dort stattfindenden Beratung mit Wort und Tat bei der Einrichtung der von der Aguda an der Konferenz in Pressburg beschlossenen Emigrationsämter, behilflich zu sein.

Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich